

 Bundesministerium
Inneres

Mag. Gerhard Karner
Bundesminister

Herrn
Präsidenten des Nationalrates
Dr. Walter Rosenkranz
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2026-0.375.790

Wien, am 1. Juni 2026

Sehr geehrter Herr Präsident!

Der Abgeordnete zum Nationalrat Wendelin Mölzer hat am 1. April 2026 unter der Nr. **5577/J** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „„Antifaschistisches Infoblatt“ - Finanzierung, Förderung, Verbreitung und politische Aktivitäten“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zur Frage 1:

- *Ist Ihrem Ressort bzw. nachgeordneten Stellen das „Antifaschistische Infoblatt“ (online wie Printversion) bekannt?*

Ja.

Zu den Fragen 1a, 7 und 10:

- *Falls ja, wie schätzt Ihr Ressort Reichweite, Verbreitung und Einfluss dieses Mediums ein (in Österreich und im deutschsprachigen Raum)?*
- *Gibt es in den redaktionellen Beiträgen des „Antifaschistischen Infoblatts“ wiederholt Anhaltspunkte für die Rechtfertigung oder positive Darstellung von Gewalt als politisches Mittel?*

- a. Falls ja, wie bewertet Ihr Ressort derartige Inhalte im Kontext der demokratischen Grundordnung Österreichs?
- Sind Ihrem Ressort bzw. relevanten Behörden Beobachtungen über Aktivitäten des „Antifaschistischen Infoblatts“ bekannt, die aus Sicht der inneren Sicherheit oder des demokratischen Rechtsstaates kritisch einzustufen wären?

Meinungen und Einschätzungen unterliegen nicht dem parlamentarischen Interpellationsrecht.

Zur Frage 1b:

- Liegen Ihrem Ressort Erkenntnisse zu Auflagenzahlen, Besucherzahlen, Abonnements oder Verteilern in Österreich vor?

Nein.

Zu den Fragen 2 bis 6, 8, 9 und 11:

- Hat Ihr Ressort bzw. eine nachgeordnete Stelle in den letzten fünf Jahren Kontakt zu Personen oder Organisationen gehabt, die im „Antifaschistischen Infoblatt“ schreiben oder als Herausgeber fungieren?
 - a. Falls ja, in welchem Kontext (Informationsaustausch, Veranstaltungen, Zusammenarbeit)?
- Hat Ihr Ressort Erkenntnisse darüber, ob das „Antifaschistische Infoblatt“ in Österreich als offizielles Organ einer Vereinigung registriert ist oder als Verein/NGO geführt wird?
- Wurde in den letzten zehn Jahren durch Ihr Ressort, nachgeordnete Behörden oder andere Ressorts Mittel an das „Antifaschistische Infoblatt“, verbundene Vereine, Initiativen oder Projekte vergeben?
 - a. Falls ja, bitte um eine detaillierte Aufstellung aller Mittel, Empfänger, Förderprogramme, Förderzwecke und -beträge.
 - b. Welche rechtlichen Grundlagen lagen diesen Förderungen zugrunde?
- Hat Ihr Ressort Kenntnis darüber, ob NGOs, Vereine oder Projekte, die direkt oder indirekt mit dem „Antifaschistischen Infoblatt“ verknüpft sind, Fördermittel aus österreichischen Ministerien oder Programmen erhalten haben?
 - a. Falls ja, bitte um Nennung der geförderten Organisationen, Förderprogramme und Zwecke.
- Plant Ihr Ressort, Förderungen für jegliche Publikationen, die politische Positionen einnehmen (insbesondere solche mit möglichem Gewalt- oder Militanzbezug), zu überdenken und gegebenenfalls kriterienbasiert neu zu regeln?

- *Liegt Ihrem Ressort oder nachgeordneten Stellen Erkenntnis darüber vor, dass aus dem „Antifaschistischen Infoblatt“ heraus Mobilisierungen für bestimmte politische Aktionen (z. B. Demonstrationen, direkte Aktionen, Solidaritätsbekundungen) erfolgen, bei denen es zu strafbaren Handlungen bzw. Gewaltexzessen kam oder kommen könnte?*
- *Hat Ihr Ressort Anhaltspunkte, dass im „Antifaschistischen Infoblatt“ aktive Werbung oder Solidarität mit Gruppen betrieben wird, die sich in Österreich in strafrechtlichen Verfahren befinden oder gegen die ein Ermittlungsverfahren läuft?*
 - a. *Falls ja, bitte um Nennung von entsprechenden Fällen und Auswirkungen.*
- *Haben die Direktion Staatsschutz und Nachrichtendienst (DSN) bzw die Landesämter für Staatsschutz und Extremismusbekämpfung (LSE) Erkenntnisse über Vernetzungen des „Antifaschistischen Infoblatts“ mit Gruppierungen in Österreich, die dem linksextremen Umfeld zuzuordnen sind?*

Nein.

Gerhard Karner

